

Ltd. KBD Kötterheinrich trug mittels einer Präsentation seinen Abschlussbericht hinsichtlich der Klimapartnerschaft mit Santarém (Brasilien) vor.

*(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation ist als Bestandteil der digitalen Niederschrift beigefügt und kann im Internet unter <https://www.rhein-sieg-kreis.de/verwaltung-politik/politik/kreistagsinformationssystem.php> eingesehen werden.)*

Abschließend erklärte er, dass nun die Politik entscheiden müsse, ob ein neues Projekt in Angriff genommen werden solle. Allerdings stünden weder seine Person noch Herr van Keeken von der RSAG AöR für die Projektbegleitung zur Verfügung.

Abg. Hoffmeister bedankte sich für den qualifizierten Vortrag und den persönlichen Einsatz der Herren Kötterheinrich und van Keeken. Er befürworte die Wiederauflegung eines solchen Projektes.

Abg. Albrecht erkundigte sich, in welchem Umfang eine Fortführung des Projektes vom Ministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit gefördert werde. Unter der Voraussetzung einer hundertprozentigen Förderung durch den Bund sei eine Fortführung oder Neuauflage des Projektes zur Rettung des Weltklimas - gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Verhältnisse in Brasilien - wünschenswert.

Ltd. KBD Kötterheinrich erklärte, dass das derzeitige Projekt nicht fortgeführt, sondern neu aufgelegt werden müsse. Die Fördermittel für ein neues Projekt würden zu 100 % vom Bund bereitgestellt. Das erforderliche Personal müsse allerdings wie bisher vom Kreis gestellt werden.

Abg. Anschütz regte an, z. B. den Ibero-Club e. V. mit den örtlichen Begehungen in Brasilien zu beauftragen.

Ltd. KBD Kötterheinrich erwiderte, dass es zwar ein guter Gedanke sei, Teile eines Projektes an NGOs zu vergeben. Seiner Erfahrung nach sei ein Projekt aber wesentlich erfolgreicher, wenn sich die Betreuung auf möglichst wenige Institutionen und Personen konzentriere. Die ohnehin schon schwierigen Abstimmungsprozesse würden durch jeden zusätzlichen Mitwirkenden unwillentlich verkompliziert.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese erklärte, dass die Verwaltung die erforderlichen Informationen für ein neues Projekt zusammentragen und in einer der ersten Ausschusssitzungen der neuen Legislaturperiode unaufgefordert vorstellen werde.